

**Prater's**  
**Milch-Seife**  
Dresdener Seife  
Dresden.

# Dresdener Nachrichten

**Lobeck & Co.**  
Hollisfabriken 80, Majestät des Königs von Sachsen  
**Chocoladen, Cacos, Desserts.**  
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

**Hühnerjagd.**  
Joppen in grösster Auswahl von Mk. 2.00 an.  
**Neuheit:** Jagdüberzieher nur 11 Mk.  
Jagdhemden, Jagdstrümpfe, Jagdtaschen, Jagdgrammophon, Mützen, Gewehrfuttermal, Rucksäcke u. s. w.  
**Hugo Borack**  
Hollisfabriker  
Seestr. 1, Echo Altmarkt.

**Tapeten.**  
**Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.**  
**Tapeten.**

**Leupolt's Wein- u. Bier-Schlauch**  
aus bestem Gummi, bleibend u. Säuren widerstandsfähig, billig u. sehr haltbar.  
Flaschenverschluss-Scheiben und -Ringe etc.  
Wettinerstr. 45 Gummi-Fabrik  
Telephon 189 Reinhardt Leupolt, Dresden-A.

**Tuchwaaren.**  
Den Empfang sämtlicher Neuheiten für Herbst u. Winter zeigen ergebenst an  
**Friedr. Greiff & Sohn, Georgplatz 9.**

**Regenschirme** in grösster Auswahl **Schirmfabrik C. A. Petschke, Wildrufferstr. 17.**  
zu billigsten Preisen. **Annenstr. 9 (Stadthaus).**  
Nr. 273. **Spezial:** Blütenfrage, Vornachrichten, Landtagswahlen, Stadtverordnetenwahl, Bahnhöfe Wettiner-, Ruffmühlische Bitterung: Sonnabend, 2. Oktober 1897.

**Vollständiges.**  
Die Erörterung der Flottenfrage nimmt mit dem Näherwerden des Zeitpunktes, da der Reichstag zusammentritt, lebhaftere Formen an. Vom nationalen Standpunkt muß es auf jeden Fall bedauert werden, daß dem so ist. Der Würde des deutschen Namens und dem patriotischen Prestige unserer inneren Politik entspräche es zweifellos besser, wenn in einer Frage, die nationale Lebensinteressen berührt, volle Einigkeit herrsche und das fatale Festsitzen und Handeln, das Vögeln und Reiten nicht die rasche und ungehemmte Vollaufnahme eines Beschlusses stünde, das ebenso gut wie beispielsweise die Erneuerung des Artilleriematerials eine Bedingung unserer Machtstellung im Rathe der Völker ist. Man sucht vergeblich nach sachlichen Gründen, um sich die Haltung von Politikern begründlich zu machen, die, wie z. B. Herr Eugen Richter, die neuen Artillerieforderungen glatt und geräuschlos unter der Hand bewilligt haben, während sie jetzt dem Verlangen nach einer angemessenen Vermehrung unserer Flottenmaterialien einen hartnäckigen und verlässigen Widerstand entgegenstellen. Die Thatsache besteht aber nun einmal und so bleibt der patriotischen Presse nichts weiter übrig, als mit ihr zu rechnen und sie nach Kräften unschädlich zu machen. Zu dem Zwecke gilt es vor allem, den rechnerischen Legenden entgegenzutreten, die von den vereinigten Gegnern der Marinervermehrung mit allen Mitteln der Agitation verbreitet werden.

Bundacht suchen die Gegner unserer nationalen Machtstellung zur See dadurch zu wirken, daß sie auf die Steigerung der Marinausgaben seit 1872 hinweisen. Nun ist es allerdings unbestreitbar, daß seit dem genannten Jahre, in dem für Marinezwecke zusammen nur 31 Millionen Mark (davon 15 Millionen an dauernden und 16 Millionen an einmaligen Ausgaben) bewilligt wurden, die Ausgaben auf 117 Millionen im Vorjahre gestiegen sind (davon 59 dauernd, 58 einmalig). Die Herren vergessen aber, bei der Aufstellung dieser Rechnung hinzuzufügen, daß eine Progression in den Ausgaben für die Marine solange unvermeidlich ist, als unsere Flotte noch nicht dasjenige Maß von Ausbildung erreicht hat, das zur Behauptung unserer mit der deutschen Weltmachtstellung naturgemäß gewachsenen Anforderungen zur See unbedingt von nöthen ist. Vergleicht man mit unserm beiderseitigen allmählichen Hinaufsteigen der Flottenausgaben (im Durchschnitt seit 1872 jährlich 3 1/2 Millionen) die geradezu kolossalen Summen, die von Frankreich und England aufgewendet werden, so wird jeder unbefangene Beurtheiler zugestehen müssen, daß bei der Bemessung der deutschen Flottenaufwendungen die denkbar sorgfältigste Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes genommen worden ist.

Das neue Flottenprogramm, das angesichts der unumgänglichen Erfordernisse der Weltlage den Fortschritt der Flottenvermehrung etwas intensiver zu gestalten sucht und das mit dem Namen des Admirals Tirpitz bezeichnet ist, soll sich dem Vernehmen nach bis zum Jahre 1906 erstrecken und die geforderten einmaligen Summen sollen im Jahresdurchschnitt nicht wesentlich über die diesjährigen Forderungen hinausgehen. Im ersten Jahre (1898/99) werde die einmalige Forderung 50 Millionen nicht übersteigen, in den folgenden Jahren werde sie sich in der Höhe von etwas mehr als 60 Millionen bewegen. Die Gesamtsumme, die Admiral Tirpitz fordert, beträgt demnach für den gedachten Zeitraum 410 Millionen. Mit dieser Summe hat der Abgeordnete Richter in parlamentarischer Tendenz ein ganz eigenartiges Rechenkonstrukt vorgenommen, indem er ihr schlanke die im Vorjahre von Admiral Hollmann geforderten 276 Millionen gegenüberstellt und daran die Folgerung knüpft, daß ein Reichstag, der einen Hollmann desavouiert habe, für einen Tirpitz erst recht nicht zu haben sein werde. Der Fehler der Richter'schen Rechnung liegt darin, daß er vier Jahre Hollmann mit sieben Jahren Tirpitz vergleicht. Die 276 Millionen des Admirals Hollmann würden für einen siebenjährigen Zeitraum 498 Millionen geben, also die Tirpitz'sche Forderung noch um 73 Millionen übersteigen. Gleichzeitige wird von Seiten der Opposition gekünstelt die Darstellung verbreitet, als sei zur Realisierung der neuen Flottenaufwendungen unter allen Umständen die Erschließung neuer Steuerquellen erforderlich. Der Reichstag hat bereits mit der angelegten geplanten, aber sofort prompt demontirten „Kreditreform“ der Steuerfrage gränzlich zu machen gesucht und Herr Bacher vom Centrum hat jüngst in Uebereinstimmung mit dem Reichstage die marine Vorterronomiefrage seiner Wähler zu wecken unternommen. In Wirklichkeit sind jedoch die finanziellen Aussichten für die nächste Zukunft so günstig, daß bei andauernd günstiger Tendenz der Einnahmen aus 300en und Verbrauchssteuern an den Rückgriff auf neue Steuerobjekte einzuweisen nicht gedacht zu werden braucht. Sollte jedoch wider Erwarten eine derartige Nothwendigkeit in den kommenden Jahren — für 1898/99 darf sie als vollkommen ausgeschlossen gelten — sich als unvermeidlich herausstellen, so würde eine ihrer nationalen Verantwortlichkeit sich voll bewusste, starke Regierung selbstverständlich trotz alledem nicht davor zurückschrecken dürfen, mit allem Nachdruck auf der Durchführung der zur Verwirklichung unserer Machtstellung zur See unerlässlichen Maßnahmen zu bestehen.

Bei dieser Sachlage ist vorläufig schwer abzusehen, wozu wir ireiben. Will eine verblendete Reichstagsmehrheit es thatsächlich auf einen Konflikt ankommen lassen, so werden alle daraus ent-

stehenden Weiterungen ausschließlich ihr selbst zur Last fallen. In jedem Falle wird es vor allen Dingen nöthig sein, daß die Regierung kaltes Blut und eine feste Hand behält; sonst sind solche Kämpfe, wie sie aller Voraussicht nach bevorstehen, nicht durchzuführen. Klarheit des Willens, unbegrenzte Festigkeit in der Durchführung des für nothwendig Erkannten, Umsicht in der Behandlung der politischen Parteien und eben, rücksichtsloser Kampf gegen Alles, was aus einer Frage des nationalen Lebensinteresses einen Gegenstand parteipolitischen Schachens machen möchte: das sind die Eigenschaften, die bei unseren Staatsmännern und Politikern gebraucht werden. Gleichzeitig ist freilich auch Alles zu vermeiden, was irgend den Eindruck erwecken könnte, als würde bei den Forderungen über das unbedingt Nothwendige hinausgegangen, als würden mit der Verwirklichung der Flottenpläne Wünsche gefördert, die mit der Reigung zum Defortivism in der modernen Politik in Beziehung ständen. Nur wenn die Regierung dem öffentlichen Bewußtsein die Ueberzeugung beibringen vermag, daß alle Forderungen zu Flottenzwecken allein von dem Reichsgefühl, unserer Weltkraft zur See u. s. w. ausgehen, wie es die Wahrung unserer nationalen Interessen unumgänglich erforderlich macht, getragen werden, nur dann wird den leitenden Kreisen das unbedingt gute G-wissen schärfen, das die oberste Voraussetzung bei einem Konflikt mit dem Reichstag bilden muß. Leider hat gerade in diesem wesentlichen Punkte die von vornherein unklare und schwächliche Haltung der Regierung viel verborben, und die Folge davon ist eine unwillkürliche Förderung der gegnerlichen parteipolitischen Agitation gewesen. Es ist daher durchaus berechtigt, wenn man behauptet, daß bei der jetzt beliebten Methode die öffentlichen Interessen je länger desto mehr empfindlichen Schäden leiden werden. Je mehr man sich das vergegenwärtigt, desto klarer gewinnt man auch Einsicht in die Verengung, die den Mittelstreifen unserer Politik zu seinen schärfsten Wänden und Sammelorten bezogen haben. Es geht in der That nur eine Rettung, nur einen Weg, der aus den jetzigen Wirren sicher herausführt: das ist die Schaffung einer neuen echt nationalen Grundlage für unser volksthümliches Leben im alljährlichen G-wisse. Die augenblickliche Lage hat vergrößerte Nothwendigkeit mit demjenigen zur Zeit des Septennats für das Landwehr. Wie demnach, so sind auch jetzt die „Antimilitaristen“ an der Arbeit, um ihre grundsätzlichen Antipathien gegen die bewährte Macht in die Praxis umzusetzen, nur daß sie dieses Mal als Zielscheibe ihrer Angriffe die Marine wählten. Mit Gründen und die Elemente nicht zu bekämpfen. Es nützt nichts, daß man sie daran erinnert, wie ganz und gar außer Stande wir mit unserer jetzigen Schiffszahl sind, unsere überlebens Interessen auch nur halbwegs hinreichend zu vertreten, wie wir ganze Parteien unserer Einkaufshöhe von allem Schutz entbehren müssen, wenn an mehreren Punkten des Erdballs zugleich Verwicklungen eintreten. Die Erweiterungen, die in dieser Richtung an die Eingabe der Damburger Kanäle wegen des Schutzes der deutschen Interessen in Guatemala geknüpft worden sind, reden eine besonders eindringliche Sprache, die gerade zur rechten Zeit kommt, um allen national-erfahrenen Kreisen die unerlässliche Nothwendigkeit einer verhältnismäßigen Marinervermehrung noch einmal dringend an's Herz zu legen. Es handelt sich nicht um „schöne“ Pläne, wie eine Populärtheorie häufiger mit beschränktem Blick und animalischem Empfinden ihre Wähler glauben machen wollen, sondern um das was nach dem Urtheil tüchtiger Fachmänner unbedingt nöthig ist. Das aber muß unter allen Umständen bewilligt werden und in diesem Sinne ist es erforderlich, daß die Flottenvermehrung ganz aus dem parteipolitischen Gerüchte herausgehoben und im Sinne einer rein nationalen Frage von Seiten der Regierung und der nationalen Parteien behandelt und entschieden werde.

**Kernschreib- und Kernpreds-Berichte vom 1. Oktober.**

**\* Kattowitz.** Die „Kattowitzer Bzg.“ meldet aus Dombrowa (Schlesien): Auf dem Hüttenwerke von Guta Bankowa sind sämtliche Arbeiter, 400 Mann, ausständig. Der Gendarmenoberst aus Barchau und hohe Regierungsbeamte sind hier eingetroffen. Gestern Abend kamen leitens der Menge Ausdrehungen vor; die Menge bombardirte das Militär mit Steinen, worauf der Oberst Feuer geben ließ. Zwei Mann wurden getödtet und 5 schwer verwundet, von denen einer inwischen gestorben ist. Sechs Kompagnien Militär sind eingetroffen. Sämtliche Arbeiter sind von der Hüttenverwaltung gekündigt worden. Das Hüttenwerk gehört einem Konjunktum russischer und französischer Kapitalisten.

**\* Berlin.** Der Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmal in Wiesbaden am 18. Oktober werden außer dem Kaiserpaare und der Kaiserin Friedrich auch der Herzog und die Herzogin von Connaught als Vertreter der Königin Victoria betheiligen. Nach Reichsmarschall Blumenthal wird anwesend sein. — Der „Pigaro“ berichtet von einer Entschlebung, die Deutschland und Oesterreich in der kubanischen Frage gemeinsam gefaßt haben sollen. Eine Entschlebung, deren beinahe unüberwindlicher Charakter dem Blatte durch neue Informationen bezeugt wäre. Wie die „Nat.-Bzg.“ von zuverlässiger Seite erzählt, ist eine solche Vereinbarung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht getroffen worden. — Die durch die Blätter gebende Nachricht, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck in Baden-Baden wegen einer Ueberreizung der Sonntagsruhe von einem Schutzmann, der ihn nicht kannte, zur Bestrafung notirt worden sei, wird als auf einer Mystifikation beruhend erklärt. — Der Kolonialrat tritt Ende dieses oder Anfang nächsten Monats zusammen. Es dahin werden auch die Verhandlungen der Kolonialabteilung mit dem Reichsdokumente wegen des Straß beendigt sein. — Erlassungen aufgegeben wurde heute früh auf der Tempelhofer Chaussee ein Zwölfköpfiger. Derselbe ist nach den bisherigen Ermittlungen mit einem Militärlicher in Streit geraten und von diesem erschlagen bzw. erschossen worden. Als muthmaßlicher Thäter wurde der 31jährige Müllermeister Josef Buchholz verhaftet. — Wegen Aufforderung zum Zweikampfe mit tödtlichen Waffen wurden heute der praktische Arzt Dr. Moriz Meine zu 3 Tagen und der Student Heinrich Diehle zu 1 Woche Festungshaft verurtheilt. — Gestern wurde der Vertrag abgeschlossen, laut dessen das neue Theater vom 1. September 1898 ab an Frau Richa Buge verpachtet ist. Nachdem der bisherige Direktor dieser Bühne, Lautenburg, sich seines Vorpostenrechts auf weitere 3 Jahre freiwillig begab, Richa Buge erklärte, ihre Dar-

stellungen sollen stets so sein, daß jede Familie mit ihren Töchtern anstandslos das neue Theater besuchen könne. Vor Allem sollen die deutschen Bühnenkunstler in ihrem Repertoire beachtlich sein.

**Berlin.** Die Kaiserin begibt sich am Montag nach Jagdschloß Gubertusdod, wo sie mit dem Kaiser zusammentrifft. Die Prinzessin Hedora von Sachsen-Meiningen, Nichte des Kaisers, hat sich mit dem Prinzen Heinrich XX. Prinz i. L. verlobt. — Die „Nordb. Allg. Bzg.“ schreibt offiziell: Die „Reich. Bzg.“ beizuhilft sich mit Angaben, welche die „Allg. Bzg.“ bezüglich der zu machenden Marinenvorlage gebräut hat. Indem wir täglich folgende Prüfung der Angaben des reichten Blattes erwarten können, müssen wir immerhin der von der „Reich. Bzg.“ an die- selbe geknüpften Behauptung entgegenzutreten, es seien in der beab- sichtigten Marinenvorlage 24 Millionen Mark mehr beantragt, als in der von Admiral Hollmann während der vorigen Reichs- tagssession vorgelegten Niederschrift angegeben worden war. Als Beweis für ihre Behauptung führt die „Reich. Bzg.“ an, Admiral Hollmann hätte vom Jahre 1901 bis 1906 keine neuen Schiffe in Bau nehmen wollen. Nun weiß doch Jeder, der sich einmal mit dem Marinemat beschäftigt und mit einiger Kammerkenntnis unsere Marine-Entwicklung in den letzten Jahren verfolgt hat, daß es für die Marinewerwaltung ähnlich wie für die Leitung irgend eines technischen Betriebes, unbedingt nöthig ist, in jedem Jahre eine Reihe von neuen Schiffen in Bau zu nehmen. Wäre die Be- hauptung der „Reich. Bzg.“ richtig, so wäre der Marinewerwaltung die Arbeit zugemüthet, nur bis 1901 neue Schiffe in Bau zu nehmen, von 1901 bis 1906 aber keine neuen Schiffe mehr auf Stapel zu legen. Es sind hier also offenbar Behauptungen auf- gestellt, an deren Richtigkeit die „Reich. Bzg.“ selber nicht glauben kann.

**Damburg.** Am Amerika-Hüt broh heute eine von der See auf den Dampfer „Baros“ währende Unfälle, infolgedessen 13 Arbeiter theils in das Wasser, theils in eine unten liegende Schute fielen. Mehrere sind schwer verletzt.

**Köln.** Von der Insel Reeta wird der „Allg. Bzg.“ berichtet, daß in der Provinz Sudonia alle städtischen Dörfer, Güter und Weidhöfe vollständig vernichtet seien. Die Uebersiedelung im Innern vertheilern sich mit jedem Tage.

**Köln.** Die „Allg. Bzg.“ meldet aus Oßlas: Auf dem Bahnhöfe Wald entgleiten heute Nacht von einem Güterzuge die Lokomotive und drei Wagen. 2 Personen sind leicht verletzt.

**Stuttgart.** Der deutsche Frauentag wurde heute hier eröffnet.

**Wien.** Abgeordnetenhaus. Der Finanzminister konstatirt in seinem Finanzpropos, daß die Bildungsgrenze bei ihrer Ver- gebung einen bis dahin nie erreichten Kurs erhielt (Weißall rechts), wobei er großes Gewicht auf die Thatsache legt, daß, obwohl bei der ersten Vergebung der Bildungsgrenze nur auf den inländischen Markt rekurrt wurde, dennoch Deutschland, Frankreich und auch Schweden große Posten bezogen hätten, was einen Beweis dafür lieferte, wie die Kreditfähigkeit Oesterreichs geltegen ist. Auch im Ausland habe sich die Investitionsgrenze vollends eingelegt. Redner führt dann aus, daß der Ueberstieg von rund 3,000,000 Gulden, den der Vorschlag darlege, durch die gemein- same Auslage, eine wahrscheinliche Verfürgung der 900,000 erfahren würde. Ein großer Ueberstieg im laufenden Jahre ist nicht zu erwarten, da die Hochwasserstände die Steuererträge herab- drücken. Das Jahr 1898 dürfte ein kritisches Finanzjahr werden, da sichere, alte Einnahmen fortbleiben und an deren Stelle unsichere, neue treten. Nur mit Mühe und durch die Einstellung des Reich-Kaufschillings für die Südbahn im Betrage von 1,800,000 Gulden in den Einnahme-Etat habe er Deckung für alle Ausgaben gefunden. Vollständig unmöglich ist jedoch, daß die vom Hause und von der Regierung angestrebte Regulierung der Beamtengehälter ohne Unterstützung der Landesfinanzen durch neue Einnahmequellen erreicht werde. Dies würde kein Finanz- minister auf sein Gewissen nehmen können. Für die Durchführung dieser und noch anderer Staatszwecke, deren Gesamtbedarf auf 40 Mill. Gulden berechnet wurde, sei diese Deckung durch eine im Einverständnis mit Ungarn vorzunehmende Erhöhung der Braunt- wein-, Bier- und Buckersteuer geplant gewesen, was aber leider jetzt nicht realisierbar ist. Andererseits sei die Regulierung der Beamtengehälter, welche 18 1/2 Millionen Gulden erfordere, dringend nothwendig. Deshalb werde die Regierung die Einführung einer Zucker-Ber-Bleibsteuer mit einem Ertrage von 14 bis 15 Mill. Gulden und eine Transportsteuer vorschlagen. Es liegt an der Hand des Hauses, ob und wann das Beamtengehalt in Kraft treten soll. Die Regierung wolle zur Einlösung dieser moralischen Pflicht ganz behilflich sein. (Weißall.) Was die Steuerreform betreffe, so konnte er erklären, daß dieselbe in vollem Zuge sei. Das Ergebnis der im November in Kraft tretenden Votensteuer ist schon vor- her zu bestimmen. Die Börse sei jetzt zwar etwas günstiger ge- stimmt, allein die an die Steuer geknüpften Erwartungen dürften wohl nicht eintreten. (Hört, hört!) Der Minister schloß: In der Hand des Hauses wird es liegen, sich den Antänden der Regie- rung anzuschließen und so dem Staat die budgetäre Gleichgiltigkeit wiederzugewinnen, dem Beamtenstand und der Landwirtschaft entgegenzukommen, die Landesfinanzen durch Saniren und geeig- nete Einnahmequellen zu befestigen, welche Oesterreich mit in die Reihe der Kulturstaaten stelle. Mit Hilfe des Hauses kann Oester- reich binnen zwei Jahren auf eine reiche finanzielle Grundlage gestellt werden. (Beifälliger Weißall, Schändelathen.)

**Best.** Abgeordnetenhaus. Die liberale Partei brachte einen Antrag ein, an den König Franz Josef anlässlich des Dankedings- beth die Errichtung von 10 Denkmälern in Budapest, eine Halb- tagungsadresse zu richten. Der Antrag wurde angenommen und die Verhandlung über die Adresse auf den 4. d. M. als auf den Dienstag des Königs anberaumt. Unter beauftragten Herren aus dem König wurde die Sitzung geschlossen. — Die Königin Elisabeth ist heute Vormittag hier eingetroffen und wurde auf dem Bahnhöfe vom Könige empfangen.

**Paris.** In der heutigen Sitzung des Ministerraths be- fähigte der Ministerpräsident die Belagerung Loë's, den Gouver- neurposten in Alger anzuweisen. Die nächste Ministerrathssitzung wird sich mit dieser Frage beschäftigen.

**Württemberg.** Bedräng wird voraussichtlich vorläufig noch nicht vor dem Richter erscheinen, da Brausen einen Auslieferungsantrag stellen will. Bedräng behauptet, er habe sich den Titel eines Erz- herzogs weder in Deutschland, noch hier öffentlich beigelegt. Alle Dingen, welche ihn als Erzherzog behandeln, müßten, daß er Herr Bedräng war und sich damit nur einen Scherz erlaubt habe.

**Friedrich & Glöckner**  
Kaufmann  
Friedrichstr. 12  
Bismarckstr. 27a  
Pilsener und Lohbahn

Druck-  
Anzeige  
unt und  
27.3.  
eibender,  
alle, mit  
er Behr,  
Damen-  
bieten  
fr nicht  
in Alter  
ist etwas  
ger  
ang  
left. Da  
Off. mit  
Anball-  
berdeuzul.  
Grafen.  
th.  
ntsbahn-  
I gützig.  
Bege be-  
Belannt-  
wirtsch-  
t nicht un-  
—30.3.  
ausg-  
m. Bhot.  
unter L.  
n d. Bl.  
ung  
rauben.  
Vermit-  
dant ge-  
ich die  
Damen  
dass ich  
ktion  
and der  
cht mehr  
durch  
ana und  
besseren  
der Hand  
ungenlet  
uen an  
nd daher  
ausge  
Kohl,  
rterre,  
I:  
o Blisch,  
ouette-  
m-  
86.27.  
yalehrlich  
Deren-  
Baltisch  
M.; 2  
und 1  
nlichen  
K., als  
ke Aus-  
Wöbeln  
Sesseln  
ellen zu  
weifen-  
L. u. 12p.  
rat,  
inet mit  
g zu ver-  
um, von  
0. 2. L.  
ier  
r. 27. 2.  
entafel.  
fchranz  
s zu ver-  
3. Braun.